

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1  
Berolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 1/8 Uhr bis 1/17 Uhr.  
Täglichste Sprechstunde: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Abdruck: Kottbuser Verlag. Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank  
Berlin, Dep.-Kasse Belle-Alliance-Pl. Vereingte Zeitungsverlage, G.m.b.H.  
Postfachkonto Berlin NW 279 78

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3,- Mark einschließlich Trägerlohn in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Vorauszahlbar. Goldbezug inkl. Postgebühr 3,80 Mark; Streifenband im Inland sowie nach Österreich, Litauen, Luxemburg, Dänzig, Memel und Ostpreußen 4,50 Mark, übrige Länder 4,80 Mark.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die Tagesblätter Kompartimentsseite 70 Pf. Arbeiterorganisations- und Familienanzeigen: Seite 40 Pf. Kleine Anzeigen: Tagblatt 15 Pf., Wochenblatt 30 Pf. Arbeitssucht: Seite 5 Pf.  
Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel.: (P 1) Perolina 1829, 1919.

## Die Hungernden marschieren gegen die faschistische Diktatur!

Das werktätige Volk von Berlin demonstriert für Brot, Arbeit, Freiheit! — Massenaufmärsche auf dem Alexanderplatz und im Berliner Westen  
Polizeiüberfälle mit Scheinwerfern, Gummiknüppel und scharfen Schüssen — Reichswehr wird alarmiert — Die Nazi-Sturmabteilungen zum Einsatz gegen die Arbeiterchaft bereit — Der Schrift der Hungerbataillone beherrscht die Straßen!

Die Hungernden marschieren. Auf den Straßen Berlins, vor dem roten Haus am Alexanderplatz, dem Sitz des Polizeipräsidenten, und im Westen der Bourgeoisie, an der Ecke der Auguststraße, wo die wenigen Rußländer der allgemeinen Not preisen und schlennen, marschieren die Arbeiter, die Arbeiterfrauen, die Erwerbslosen, die Alten und die Jungen, die Männer und Frauen des schaffenden Volkes, die Proletariat vom Betrieb und von der Stempelstelle.

Auf die Hungerdemonstrationen von Hamburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz und zahlreichen anderen Städten in ganz Deutschland folgten die Massenemonstrationen im roten Berlin. Das unglückliche Polizeiaufgebot, die haltlose Nervosität, mit der die Organe der Polizei Berlin in einen förmlichen Bürgerkriegszustand versetzte und Maßnahmen wie unter dem Belagerungszustand verhängen ließ, die Mobilisierung der gesamten Nazi-Sturmabteilungen, die in ihren Lokalen am gestrigen Abend marschbereit standen, — das alles kennzeichnet die außerordentliche Verschärfung der Klassengegensätze und das Tempo, mit dem die Krise sich zuspitzt.

Es ist bezeichnend genug, daß an demselben Tage, an dem nach der Meldung einer bürgerlichen Zeitung zwei Minister der preussischen Regierung eine verlogene „Wohltätigkeits“-Mission mit den Worten ausriefen: „Es sei der Polizei nicht zuzumuten, auf hungernde Menschen zu schießen“, gleichsam als lebendige Illustration an zahlreichen Stellen Berlins die Schüsse der faschistischen Polizeieinheiten auf die Hungernde der Arbeiterchaft entzündeten.

Die legalen Demonstrationen der Berliner Arbeiterchaft in den letzten Wochen wurden immer wieder grundlos von der Polizei überfallen. Es ist offensichtlich, daß die Arbeiterchaft gerade deshalb, weil ihr das legale Recht auf die Straße durch die Polizeiüberfälle systematisch geraubt wurde, am gestrigen Freitag vor dem Hause des Polizeipräsidenten selbst am Alexanderplatz demonstrierte.

Brot, Arbeit und Freiheit! Das ist die Kampfparole, unter der sich die wachsende Einheitsfront der Werktätigen zum Volkskampf gegen die faschistische Diktatur zusammenschließt. Der Marschschritt der Hungerbataillone, der gestern, trotz aller Polizeibrutalitäten, festhaft in den Straßen Berlins endete, zeigt, daß die Massen nicht gewillt sind, sich kampflös der faschistischen Diktatur und der Hungerkatastrophe des kapitalistischen Systems zu ergeben.

### Der Alexanderplatz überflutet von Demonstranten

Alexanderplatz, 17.30 Uhr. Starke Polizeipostenkette an den Zufahrtsstraßen am Bahnhof, um das Rathaus. Der Verkehr wird ruhig abgeleitet und dort bilden sich kleine Gruppen. Proleten in geschlossener Kleidung, die Hände tief in den Taschen vergraben, diskutieren.

18 Uhr. Polizeiliche Kräfte kreuz und quer. Ein verbleibender Reichswehrtruppel bewegt sich langsam über den Platz. Stahlhelme blitzen im Schein der Straßenlaternen. Der Verkehr wird gehemmt durch immer größer werdende Menschenmassen. Die Polizei wird nervös.

18.30 Uhr. Aus den Zufahrtsstraßen dröhnt Marschschritt tausender Demonstranten. „Wir fordern Arbeit und Brot!“ donnert es an den Häusergiebeln empor. Der Demonstrationzug des Ostens marschiert am Polizeipräsidenten vorbei. „Nieder mit der Regierung!“ schallt es aus hundert Röhren. Zwei Ueberfallautos sperren die Straße ab. Der Zug wird durch die Passage geleitet. Aus allen Straßen strömen hungrige Erwerbslose und Arbeiter aus den Betrieben. Die Protokolle noch unter dem Arm. auf den Platz. Der Verkehr stockt. Die Polizei konzentriert ihre Hauptkräfte in der Nähe von Tieh. Vier große Ueberfallautos, drei Flieger, ein Offizierswagen.

### „Wir haben Hunger!“

19 Uhr. In allen Ecken, auf allen freien Plätzen stehen Proleten. Der ganze Platz ist überfüllt. Da donnert in der

Nähe von Tieh der erste Sprechchor über den Platz. Die Echoantworten es von allen Seiten. Die Jalousien der Geschäfte ralleln herunter. Die Polizei springt von den Wagen. Aufstellung zum Sturmangriff. Sturmriemen über das Kinn gezogen, Gummiknüppel in der Hand. „Züubern!“ schreit ein Offizier. Mehrere Mannschaften jähren los auf die Erwerbslosen, die ihren Hunger hinausjahren.

19.15 Uhr. Sprechchöre umranden den Platz. Ein einziger Schrei: „Hunger!“, von tausenden Stimmen getragen, läßt die Speicher in den Cafés erzittern. Wahlos schlägt die Polizei auf die Passanten ein. Aumungslose werden blutig geschlagen, bleiben am Boden liegen. Selbst die Angestellten aus den Warenhäusern werden nicht verschont. Die Käufe der Erwerbs-

losen hallen sich und ihr Ruf dröhnt über den Platz. Von allen Seiten rasen Ueberfallautos heran. Polizei springt ab, schlägt wie wild um sich. An der Dirschenstraße fallen Schüsse. Der Platz wird geräumt. Aber immer wieder bilden sich Gruppen. 19.30 Uhr. „Ruhe und Ordnung“ ist wieder einigermaßen hergestellt. Die Erwerbslosen sind in die Seitenstraßen abgedrängt. Spontan bilden sich Demonstrationzüge, die die Polizei auseinanderzujagen versucht.

### Die Polizei schießt . . .

In der Richtung zur Volksbühne marschierte diszipliniert, in geordneten Reihen, ein Demonstrationzug. Die Kapelle spielt das Fliegerlied. Arbeiter schließen sich dem Zug an. Pö-

### Krylenko beantragt

## Nicht Todesurteile!

Moskau, 5. Dezember. Genosse Krylenko forderte am Schluß seiner Anklagerede vom Obersten Gerichtshof der Sowjetunion gegen alle acht Angeklagten das Todesurteil durch Erschießen.

Zum erstenmal während des ganzen Prozesses bricht im Saal eine spontane langandauernde Weisfallstunde aus. Der Antrag des Staatsanwaltes wurde von den Versammelten stehend mit ungeheurer Beifallsstürme entgegengenommen.

Am Schluß seiner Anklagerede führte Krylenko aus: Unser Ausgangspunkt ist die Frage nach der Verteidigung der Sowjetmacht gegen konterrevolutionäre Angriffe. Unser Gericht ist eine Waffe der proletarischen Diktatur gegen die Konterrevolution. Vor ihm stehen Reste der geschlagenen Bourgeoisie.

Lenin schrieb, es gibt Feinde, die man zeitweise befeigen, die aber aber keine Reaktion der Welt vernichten kann: das sind die Millionen der Arbeiterklasse und der armen Bauern. Gehören die Angeklagten zu dieser Sorte Feinde? Nein. Hinter

ihnen stehen keine Massen, sondern nur Reste absterbender Klassen.

Lenin fragt weiter: Ist es denkbar, daß eine revolutionäre Partei das Verbrechen gegen den Bestand der Revolution im Augenblick des schärfsten Klassenkampfes nicht mit dem Tode bestraft? Die Angeklagten sind solche Verbrecher. Die erbarmungslose Bestrafung hat auch den Zweck, die ewig schwankende Schicht der kleinbürgerlichen Intelligenz vom verbrecherischen Weg der konterrevolutionären Aktion abzuhalten.

Die Amerikung stellt fest die direkte vereinbarte langjährige Tätigkeit der Angeklagten im Bündnis mit der feindlichsten Gruppe der internationalen Bourgeoisie und den leitenden Kreisen des Imperialismus zum Sturz der Sowjetmacht.

Das genügt zur Feststellung des Staates der Konterrevolution, die gegen sie angewendet sind. Nicht umsonst haben Millionen Arbeiter in der GMR, die die Tätigkeit dieser Gruppe auf die flammende Straße gelaßt. Wer im Augenblick, wo alle Kräfte der imperialistischen Welt sich zum Kampfe auf Leben und Tod gegen die neu aufsteigende Welt des Sozialismus vereinigen, dieser anderen feindlichen Welt Hilfe leistet, muß ein für allemal vernichtet werden.

## Was geht an der Ostgrenze vor?

### Auffeherregende Interpellationen der kommunistischen Reichstagsfraktion

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellationsanträge eingebracht:

Aus Jüterburg wird berichtet:

„Seit Montag wird in der Betriebswerkstätte Jüterburg der Reichsbahn tieferhaft gerüstet. Während bisher nur ein Panzerzug, bestehend aus einer Maschine und einem Wagen, für Jüterburg zur Verfügung stand, geht die Rettung der RM. jetzt dazu über, einen neuen Panzerzug auszurüsten. Dieser Zug besteht aus einer Maschine und drei Wagen. Am 1. Dezember wurde ein Teil der Belegschaft der RM., und zwar die zuverlässigsten Elemente, zu einer Ansprache zusammengeführt. Man suchte hier, der Belegschaft die Notwendigkeit der Rüstungen plausibel zu machen.“

Wir fragen die Regierung, ob sie Kenntnis von diesen Vorgängen hat und wenn ja, aus welchen Gründen und gegen wen diese Maßnahmen getroffen wurden.

Die nationalsozialistische Tageszeitung der „Angriff“ bringt im Zusammenhang mit der Verhaftung von bewaffneten nationalsozialistischen Sturmabteilungen im Schloß Jäichlowitz unter der Überschrift „Die Hintergründe von Breslau“ u. a. folgende Bemerkung:

„Sollte man die Sache aber weiter aufhaken und etwa mit Parteiverboten gegen die NSDAP. winken, so könnte mir sehr denklich werden. Herr Erzberger weiß ja wohl, was wir meinen.“

Diese Bemerkung läßt den Schluß zu, daß der preussische Innenminister von dem Auftreten der nationalsozialistischen Sturmabteilungen gewußt und diese als Bürgerkriegstruppe gegen die deutsche Arbeiterchaft geduldet und gefördert hat. Wir fragen die Regierung, ob sie eine Untersuchung dieser Angelegenheit eingeleitet hat und ob sie bereit ist, Auskunft darüber zu erteilen.